



Foto: *dodge challenger1, CC BY 2.0*

Eskalation in Untertürkheim

Daimler-Vorstand will Belegschaft erpressen

Von Paul Michel | 17. Dezember 2020

Vorabveröffentlichung aus der kommenden Ausgabe der SoZ – Sozialistische Zeitung. **Für die gesamte Ausgabe geht es hier zum [Probeabo](#).**

Bei Daimler spitzt sich der Streit um den drohenden Personalabbau im Powertrain-Werk Untertürkheim weiter zu. In einem Schreiben an die Beschäftigten hat die Konzernführung den Beschäftigten mit einem Aus für das geplante »Kompetenzzentrum Elektromobilität« im Stammwerk für den Fall gedroht, dass die Betriebsräte weiter auf ihren Forderungen beharren.

Im Werk Untertürkheim entwickelt und fertigt Mercedes-Benz Motoren, Getriebe und Achsen. Damit ist das Werk deutlich stärker von der aktuellen Umstellung vom Verbrenner zum Elektroauto betroffen als etwa die Fahrzeugendmontage in Sindelfingen. Anfang Februar gab das Management bekannt, dass 4000 der rund 19000 Stellen bis 2025 wegfallen sollen. Daimler will in Untertürkheim einen »Campus Mercedes-Benz Drive Systems« errichten und Batterien und elektrische Antriebe entwickeln. Der Betriebsrat will das auch, besteht aber darauf, dass für wegfallende Arbeit im Zuge des Umstiegs eine Kompensation in Form anderer

Produktionsaufträge geschaffen wird – so wie es einst vom Betriebsrat mit dem Management vereinbart worden war. Betriebsratsmitglied Michael Clauss: „Wir haben Flächen für konventionelle Technik freigegeben, um den Platz für neue Technik zu nutzen. Wenn 100 Stellen rausgehen, müssen wieder 100 Stellen dazu kommen. Damit waren wir auch relativ erfolgreich.“

Das hat dem Vorstand wohl noch nie gefallen. Jetzt, in Zeichen von Corona, sieht er offenbar die Chance, im häufig aufmüpfigen Werk Untertürkheim das Kräfteverhältnis entscheidend zu seinen Gunsten zu verändern. Er will vom Betriebsrat einen Freifahrtschein für Personalabbau und Verlagerung bestehender Arbeitsplätze an „Low-Cost“ Standorte. In ihrem Brief schreiben die Vorstände Markus Schäfer und Jörg Burzer: Zwar seien die Verträge aus damaliger Sicht sinnvoll und richtig gewesen, doch die Lage habe sich grundlegend verändert. „Festhalten am Status quo ist daher keine Option.“ Jetzt wollen sie ihr Kostensenkungsprogramm ganz nach Gutsherrenart durchsetzen.

Für den Fall, dass Gewerkschaft und Betriebsräte in Untertürkheim sich nicht fügen, drohen die Vorstände mit einem Aus für das geplante Kompetenzzentrum Elektromobilität. Wider besseres Wissen behaupten sie, es müssten weitere Tätigkeiten nach Polen verlagert werden, weil es im Werk ansonsten keinen Platz für das „Kompetenzzentrum Mobilität“ gebe. Michael Clauss sagt dazu: „Wir können ihnen bei Bedarf ganz konkret zeigen: Da oder dort gibt es die Möglichkeit, die benötigten Flächen frei zu machen. Aber da schalten sie momentan auf Durchzug oder finden eine Ausrede, warum das nicht gehe.“

Eine Unternehmenssprecherin formuliert in diplomatischen Worten, worum es dem Management geht. Es werde »spürbare Veränderungen« in den Werken geben. Man müsse einerseits die Kosten senken, vor allem in Europa, und andererseits die technologische Transformation schaffen. Die Konzernführung suche den Dialog mit den Arbeitnehmervertretern, um gemeinsam die besten Lösungen zu finden. »Aber eines wollen wir Ihnen ganz offen sagen: Wir können nur Maßnahmen ergreifen, die wirtschaftlich sind.“ Daher müsse man sich darauf einstellen, dass in einigen Bereichen Beschäftigung wegfallen werde. In Alltagsdeutsch übersetzt heißt das: Wir werden hier andere Saiten aufziehen und ihr Betriebsräte tut gut daran, euch unserem Diktat nicht zu widersetzen.

Zeit für ein „blaues Wunder“

Der Brief der beiden Vorstandsmitglieder ist eine Kriegserklärung an die Beschäftigten. IG Metall und Betriebsräte stehen in der Verantwortung, den Provokationen des Managements eine angemessene Antwort zu erteilen. Die Beschäftigten in Untertürkheim scheinen bereit zu sein. Auch in anderen Teilen des Konzerns scheint die Stimmung aufgeheizt zu sein. In der Trucksparte stehen tausende Stellen zur Disposition. „Kahlschlag droht, wenn wir uns nicht wehren!“, hatten die Betriebsräte mehrerer Standorte kürzlich an die Beschäftigten geschrieben. Mit einer Postkartenaktion an den Vorstand, wie jetzt von IG Metall und Betriebsratsspitzen lanciert, wird es wohl nicht getan sein.

Es bedarf einer geschlossenen Gegenwehr der Beschäftigten aller Konzernteile – in dem Ausmaß wie 2009, als der damalige Vorstandsvorsitzende Zetsche ankündigte, die Produktion der C-Klasse aus dem Sindelfinger Werk abzuziehen und in andere Werke zu verlagern. Die Manager rieben sich damals verwundert die Augen,

als ausgerechnet die bis dahin als brav und gefügig eingeschätzte Belegschaft des Werks Sindelfingen mit einer vorher nicht für möglich gehaltenen Welle von Streikaktionen das Werk lahmlegte. Selbst der unternehmenshörige Gesamtbetriebsrat hatte den Zugriff auf die Streikenden verloren. Um schließlich wieder Ruhe in den Kessel zu bekommen, musste die Unternehmensführung 2009, mitten in der Weltwirtschaftskrise, versprechen, dass es zehn Jahre lang, bis 2020, keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde.

Damals bedurfte es des „blauen Wunders“, um die Herren in der Führungsetage von ihrem renditegetriebenen Allmachtsstreben abzubringen. Vieles spricht dafür, dass es auch diesmal wieder ein solches „blaues Wunder“ braucht.



<https://www.sozone.de/>

Dieser Beitrag wurde publiziert am Donnerstag den 17. Dezember 2020 in der Kategorie: **Betrieb & Gewerkschaft**.